

ausfiltriert werden, heißt es. Aber erst 10 Petabecquerel Strontium-90, wie Tepco zugebe. Das zeige, welche Schwierigkeiten sie mit Strontium haben, kommentiert Aoyama. Von den Atomversuchen seien noch etwa 35

Petabecquerel Strontium-90 im Pazifik. Sollten sich Tecpos Tanks, etwa als Folge eines neuen Tsunamis, ins Meer entleeren, würde das die Strontium-Belastung des Pazifiks verdoppeln bis verdreifachen. ●

Folgen von Fukushima

Japans Journalisten protestieren gegen das Gesetz zum Schutz von Staatsgeheimnissen

Die japanische Regierung hat trotz massiver Bedenken und Demonstrationen ihr umstrittenes Gesetz in Kraft gesetzt, mit dem der Verrat von Staatsgeheimnissen in Zukunft hart bestraft wird. Mit dem Gesetz wird der Ermessensspielraum deutlich ausgeweitet, in dem die Exekutive definieren kann, was ein Staatsgeheimnis ist. Eine Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtsbarkeit wie in Deutschland, vor der Bürger gegen Entscheidungen des Staates klagen können, gibt es so in Japan nicht. Die Weitergabe — wie es heißt — „bestimmter Geheimnisse“ zum Schutz der nationalen Sicherheit durch Beamte, Abgeordnete oder andere Personen wird künftig mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft. Bisher drohte Whistleblowern, die Missstände öffentlich machten, im Höchstfall ein Jahr Haft. Darauf macht Carsten Germis in einem Bericht aus Tokyo für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 11. Dezember 2014 aufmerksam.

In Japan seien Demonstrationen eher eine Ausnahme, schreibt Germis. Dennoch hätten am 10. Dezember 2014 in einem Klima der Einschüchterung rund tausend Menschen demonstriert, unter ihnen viele Journalisten liberaler Medien. Sie forderten vor dem Amtssitz von Ministerpräsident Shinzo Abe im Zentrum Tok-

yos, das Gesetz nicht in Kraft zu setzen. Die Kritiker befürchten, das Gesetz könne von nationalistischen Kräften in der Regierung missbraucht werden, um kritische und unliebsame Stimmen zu unterdrücken. Sie sehen in dem Gesetz einen Rückfall in die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als Japan in eine Art Militärdiktatur abglitt und schließlich an der Seite Hitlerdeutschlands den Zweiten Weltkrieg entfesselte. Damals habe die Regierung in Tokyo ein ähnliches Gesetz erlassen, um gegen politisch Andersdenkende vorzugehen, warnen die Demonstranten Germis zufolge.

Das neue Gesetz gibt der Exekutive umfassende Befugnisse, erklärt Germis in dem Bericht für die FAZ. Die Vertreter von 19 Ministerien und Behörden könnten fortan bestimmen, welche Informationen aus den Bereichen Diplomatie, Verteidigung, Antiterrorkampf und Spionageabwehr zu Geheimnissen erklärt werden. Diese könnten bis zu 60 Jahre unter Verschluss gehalten werden. Kritiker beklagten, daß der Staat hier nach eigenem Gutdünken handeln kann. Es fehle zudem an einer unabhängigen Überwachungsinstanz. Auch das Parlament als oberste Instanz könne diese Kontrolle nicht wahrnehmen, obwohl das im Zuge der parlamentarischen

Beratungen immer wieder gefordert worden war.

Journalisten und andere Personen, die zur Herausgabe von geheimen Informationen anstiften, können in Japan nach dem neuen Gesetz mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Kritiker sehen darin einen Angriff auf die Pressefreiheit. „Wir sehen mehr und mehr Druck auf Medien, die kritisch gegenüber der Regierung sind“, zitiert Germis einen Vertreter der Zeitungs-gewerkschaft aus einer Meldung der japanischen Nachrichten-agentur Kyodo. Journalisten hatten die Sorge geäußert, daß die Regierung Abe das Gesetz nach einem Wahlsieg nutzen könnte, um zum Beispiel kritische Berichterstattung über den geplanten Neustart von Atomkraftwerken zu unterbinden. „Die Schere im Kopf ist nach diesem Gesetz in einer auf Harmonie ausgerichteten Gesellschaft wie der Japans die größte Gefahr“, zitiert Germis eine Journalistin.

Für Regierungschef Abe ist das neue Gesetz ein wichtiger Teil seiner Bemühungen, angesichts wachsender Spannungen in Ostasien die Sicherheitspolitik seines Landes stärker auf das Militär auszurichten und gleichzeitig die eigene Geschichte weißzuwaschen und damit die Verantwortung für den Aggressionskrieg gegen die Nachbarländer Korea und China sowie für Kriegsverbrechen — zum Beispiel das Nanking-Massaker oder die Verschleppung Zehntausender Koreanerinnen als Zwangsprostituierte — zu leugnen, erläutert Germis. Das Gesetz sei laut Abe nötig, um Sicherheitsinformationen des Bündnispartners Amerika und anderer Verbündeter zu schützen.

Gleichzeitig nährten er und seine regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) im Wahlkampf — in Japan wurde am 14. Dezember 2014 in vorgezogenen Wahlen ein neues Parlament gewählt, aus

der Abes LDP gestärkt hervorging — die Sorgen ihrer Kritiker. In einem Brief, der von einer japanischen Boulevardzeitung veröffentlicht worden ist, hatte die LDP die Fernsehsender vor einer allzu regierungskritischen Berichterstattung gewarnt, berichtet Germis weiter. Der staatliche Sender NHK, an dessen Spitze Abe einen extremen Nationalisten setzte, der jede Verantwortung Japans für Kriegsverbrechen leugnet, werde von vielen Japanern wegen der oft sehr unkritischen Berichterstattung jetzt schon als „Abe-TV“ bezeichnet. Der Gleichschaltungsdruck auf die japanischen Medien sei in diesem Wahlkampf groß gewesen. Schwerer täten sich Abe und die regierende LDP mit den ausländischen Medien im Lande. Die LDP weigerte sich mit ihrer Koalitionspartei Komeito als einzige politische Kraft, im Wahlkampf auch im Club der Auslandsjournalisten (FCCJ) Rede und Antwort zu stehen. Terminprobleme, so habe die Begründung gelaute. Hinter vorgehaltener Hand hätten aber selbst Offizielle eingeräumt, daß das nicht stimme. Abe und die Regierungsparteien scheuten vielmehr kritische Fragen. In Japan gebe es keine Pressekonferenzen der Regierung, die offen für alle Journalisten sind. Im japanischen Presseclub-System — einem Kartell der Medien, in dem auch kritische japanische Journalisten nicht zugelassen sind — werde alles gesteuert: welche Fragen gestellt werden, welcher Journalist fragen darf. Abe lese die Antworten auf zugelassene Fragen vom Teleprompter ab, heißt es. Im FCCJ würden dagegen Fragen gestellt, die unvorbereitet und oft sehr kritisch sind.

Der japanische Regierungschef, der seinen Amtskollegen auf internationalen Treffen immer wieder gerne erzähle, wie sich Japan öffnen wolle, habe den Kontakt mit kritischen in- und ausländischen

Journalisten im eigenen Land immer wieder demonstrativ verweigert. Allein der FCCJ habe in den zwei Jahren der bisherigen Amtszeit Abes rund ein Dutzend Mal darum gebeten, daß Japans Regierungschef seine Politik auch dort erläutere. Immer sei dies abgelehnt worden, und immer wieder habe es inoffiziell auch geheißen, daß kritische Fragen eben unerwünscht seien.

Selbst verglichen mit nicht-demokratischen Staaten sei das Vorgehen der Regierung Abe auffallend. Auch Rufmordkampagnen gegen ausländische Journalisten, die kritisch über die Politik berichtet hatten, Japans Geschichte weißzuwaschen und die Verantwortung für die Gräueltaten des Weltkrieges zu leugnen, habe es gegeben.

Vor diesem Hintergrund bekommt das Gesetz über den Verrat von Staatsgeheimnissen eine besondere Dimension, weil angesichts der Versuche, die Medien auf Linie zu bringen, die Kritik an der Regierung für viele Journalisten bereits zum Risiko zu werden droht, erklärt Germis. „Ich spüre, daß Japan an einem Wendepunkt angelangt ist“, zitiert Germis den Literatur-

nobelpreisträger Kenzaburo Oe dazu aus einem Interview mit der Zeitung „Tokyo Shimbun“, einem der wenigen liberalen Blätter, die in Japan noch die Pressefreiheit hochhielten. Kritiker wie er würden das Gesetz auch als Teil von Abes angestrebter Abkehr von der pazifistischen Nachkriegsverfassung sehen. ●

Atomwirtschaft

Protest gegen milliardenschwere Atom-Beihilfen der EU

Auf der Projektliste der EU-Mitgliedsstaaten, die am 9. Dezember 2014 von den Finanzministern erstmals diskutiert wurde, stehen zahlreiche Atomenergie-Projekte. Großbritannien will für drei Atomkraftwerke, Hinkley Point C, Wylfa und Moorside, über 60 Milliarden Euro aus dem Investitionstopf. Polen will sich den Einstieg in die Atomenergie mit über zwölf Milliarden Euro finanzieren lassen. Auch Rumänien, Lettland, Ungarn, die Tschechische Republik und Rumänien haben Investitionen in Atomenergie angekündigt. Ungarn beauftragte zudem Russland mit dem Bau von zwei neuen Reaktoren vom Typ WWER-1200 auf dem Gelände des Atomkraftwerks Paks, wie die russische Rosatom am 10. Dezember 2014 mitteilte.

Gegen die Subventionierung dieser Risiko-Technologie regt sich Protest. „Wir nehmen nicht hin, dass die Atomkraft weiterhin gefördert wird. Die Zukunft gehört den sanften Technologien, der Energieeinsparung und der Energieeffizienz“, schreibt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Die Gorleben-GegnerInnen unterstützen die Initiative der Elektrizitätswerke Schönau. Die Schwarzwälder „Stromrebell“ haben eine offizielle Beschwerde an die General-

sekretärin der EU-Kommission übersandt. Der Beschluss der EU-Kommission, mit dem staatliche Beihilfen für neue Atomkraftwerke genehmigt werden, verstoße gegen europäisches Wettbewerbsrecht. Die EWS starteten am 10. Dezember 2014 eine öffentliche Massenbeschwerde-Aktion. Mit der Kampagne „Kein Geld für Atom – Stoppt Brüssel!“ können Tausende Menschen sich der Beschwerde der EWS anschließen, um den skandalösen Beschluss der EU-Kommission anzufechten.

Trotz erheblicher drohender Wettbewerbsverzerrungen hatte die alte EU-Kommission noch kurz vor Ende ihrer Amtszeit im Oktober 2014 massive staatliche Subventionen Großbritanniens für den Bau von zwei neuen Atomreaktoren genehmigt. Demnach darf die britische Regierung dem Betreiberkonsortium unter Führung des französischen Staatskonzerns Electricité de France (EdF) Bürgschaften in Höhe von über 21 Milliarden Euro für den Bau des Atomkraftwerks zusichern. Noch schwerer wiegt die garantierte Vergütung für diesen Atomstrom: Mit Beginn der Stromerzeugung (geplant für 2023) wird der Garantiepreis dann bei rund 11 Cent pro Kilowattstunde liegen. Dieser soll über einen Zeitraum von 35 Jahren gewährt werden. Hinzu

kommt auch noch ein jährlicher Inflationsausgleich. Nach Berechnungen der Financial Times wächst dadurch die Garantievergütung bis zum Ende des Förderzeitraums auf 35 Cent je Kilowattstunde an. Zum Vergleich: Eine große Photovoltaik-Anlage in der Bundesrepublik bekommt heute über das Erneuerbare-Energien-Gesetz eine Vergütung von etwa 8,9 Cent/kWh, die jedoch nur über 20 Jahre und ohne Inflationsausgleich gezahlt wird.

Sebastian Sladek, Geschäftsführer der Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH und designierter Vorstand der Netzkauf EWS eG stellt hierzu klar: „Nur durch diese Subventionen wird der Bau unrentabler Atomreaktoren möglich – auch 60 Jahre nach Beginn der zivilen Nutzung ist die Atomenergie immer noch unwirtschaftlich. Mit der Entscheidung zu Hinkley Point C schafft die EU-Kommission einen Präzedenzfall, der geeignet ist, einen Dammbrech auszulösen und dem Neubau von Atomkraftwerken in Europa Tür und Tor zu öffnen. Nach dem Vorbild Hinkley Point könnten nun weitere Neubauprojekte in ganz Europa vorangetrieben werden. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger, die nicht nur die exorbitanten Kosten, sondern auch die unkalkulierbaren Risiken der Atomtechnologie tragen müssen.“

Die Österreichische Regierung hat gegen die Entscheidung der EU-Kommission eine Klage beim Europäischen Ge-

richtshof (EuGH) angekündigt. Der EWS ist der Klage wegen dagegen verspermt, weil nur Organe der EU vor dem EuGH klagen können. Daher hat sich die EWS entschieden, Beschwerde einzulegen – ein Recht, das jeder Bürgerin und jedem Bürger der EU zusteht. Dieser Mitmachaktion können sich Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert über das Internet unter der nachfolgend angegebenen Adresse anschließen und damit auch die österreichische Klage solidarisch flankieren.

Weitergehende Informationen und die Beschwerdeschrift der EWS im Wortlaut unter www.ews-schoenau.de/kampagne. ●

Atomwirtschaft

Deutsche Fassung des polnischen Atomprogramms veröffentlicht

Das Bundesumweltministerium hat am 18. Dezember 2014 die deutsche Fassung des polnischen Atomprogramms für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Unterlagen, die dem Ministerium von polnischer Seite übersandt worden waren, sind auf der Internetseite des BMUB abrufbar. Daraus geht hervor, dass Polen zunächst einen AKW-Block errichten will. Über den Standort ist noch nicht entschieden.